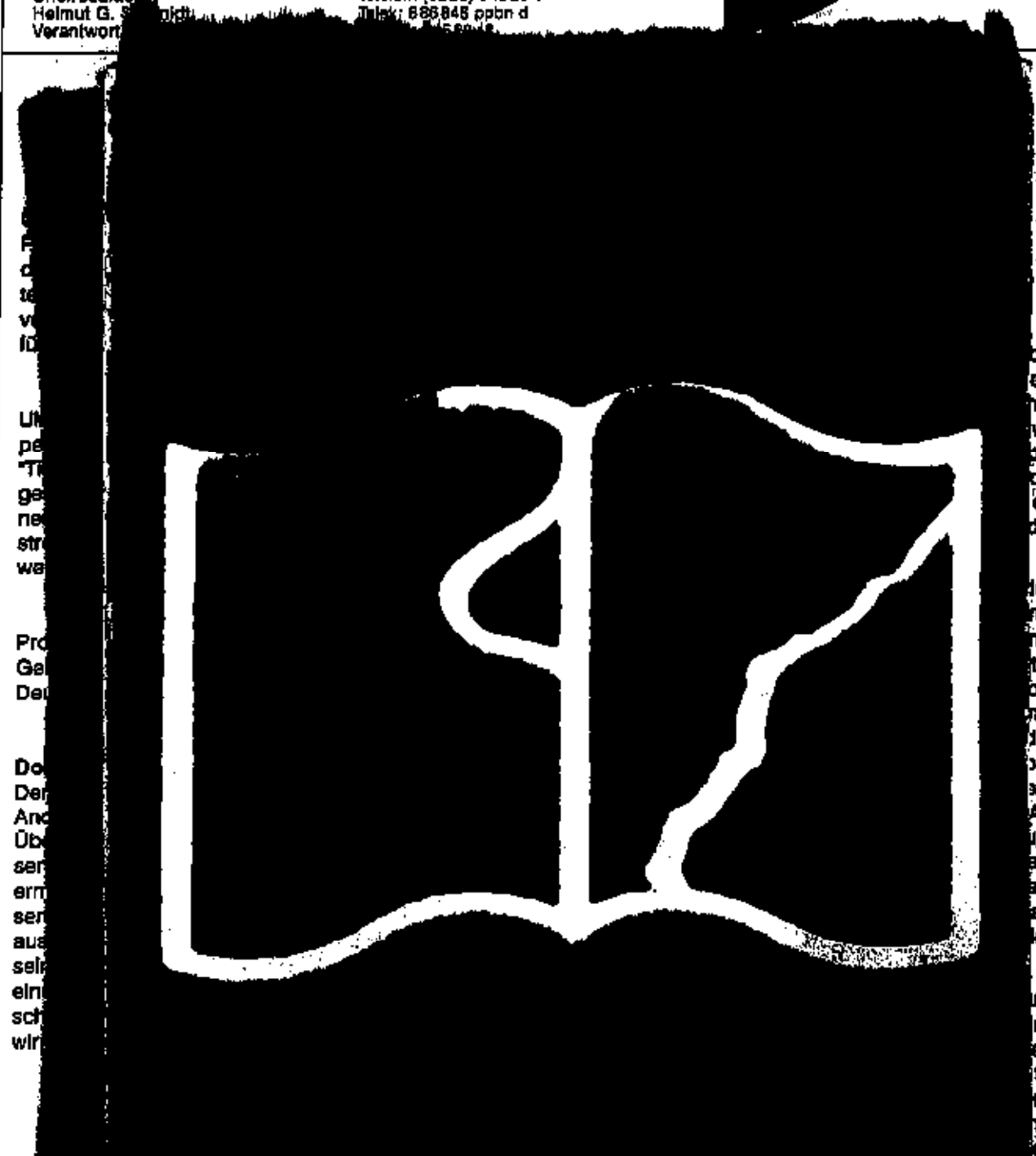


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortl.

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telek: 886848 pppn d
15 89 15



F
d
te
v
ID

Um
pe
"T
ge
ne
str
wa

Pro
Ge
De

Do
Der
Anc
Üb
sen
erm
sen
aus
sel
eln
sch
wir

ber
en,
mü-
wir
ber
die
er-
der

des
mit
mit
ter
ots
ms
der
ce-
en-
AT
je-
als
als
al-
er

n-
n-
ell
g.
n.
nd
er
eit
y.
st-

Verle
Sozi
Heu
5300

Erscheint täglich
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
with recycled paper
Recycling Paper



Motive haben, die gerade uns Deutsche interessieren müssen, ist immer wieder festzustellen. So war eine Triebfeder der Europapolitik die Furcht, eines Tages wieder von Deutschland majorisiert zu werden. Diese Gefahr wollten auch deutsche Politiker der ersten Stunde durch eine feste wirtschaftliche und politische Einbindung in eine europäische Gemeinschaft verhindern. Die oft unklaren Vorstellungen über die Gestalt eines Gemeinsamen Europas gehen von einem Europa selbständiger aber politisch eng verflochtener Staaten bis hin zu einer politischen Union mit gemeinsamer Staatsbürgerschaft, gemeinsamem Parlament und gemeinsamer Regierung. Was Begriffe wie das "Europa der Vaterländer" de Gaulles oder das "Europa der Bürger" in der Realität bedeuten, ist nie ganz klar geworden. Zur Realität gehören aber, auch wenn gerade wir Deutschen das verdrängen, nach wie vor Dominanten wie die bloße Größe der einzelnen Länder, ihre wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, ihre potentiellen politischen (und militärischen) Möglichkeiten und vor allem gehören dazu die historische gewachsenen Vorurteile, Maßstäbe, Bewertungskriterien - wie immer man das nennen will, was auch politisch wirksam ist und was niemand ablegen kann wie einen alten Hut.

Wir Deutschen glauben nur allzu gerne aufgrund unserer Geschichte und unseres Hanges zum Idealisieren, daß gute Absichten und edle Ziele diese Realitäten unwirksam machen könnten. So ist eine nach wie vor feststellbare Konstante französischer Politik seit de Gaulle das Bemühen, die USA aus Europa hinauszudrängen, Großbritannien so weit wie möglich fernzuhalten und die französische Vormachtstellung zu sichern. Bei näherem Zusehen ist diese Politik bis heute unverändert geblieben. Von der Behandlung der deutschen Sprache in den europäischen Gremien bis zum französischen Widerstand gegen die Wiedervereinigung, von der Haltung Frankreichs zur NATO bis zu seinem Verhalten in GATT-Verhandlungen wird diese Grundhaltung deutlich. Daß französische nationale Interesse, wenn es zum Schwur kommt, über den gemeinsamen Interessen aller Partner stehen, läßt sich an der französischen Industriepolitik ebenso gut ablesen wie an der Haltung zu einer wirklich gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik. Die Franzosen haben es durch eine konsequente Personalpolitik in den europäischen Gremien immer verstanden, ihre nationalen Interessen zu Gemeinschaftsebene wirksam zu vertreten und durchzusetzen. Die Deutschen, um es vereinfacht auszudrücken, zählten und hofften, daß die wirtschaftliche Entwicklung eines Tages mehr oder weniger automatisch zur gewünschten politischen Einheit führen werde. Deutsche Interessen wurden oft nur deshalb vertreten, weil man sich nicht dem Vorwurf eines neuen Nationalismus aussetzen wollte.

Mit diesem Vorwurf kann man, wie die aktuelle Situation immer wieder zeigt, die Deutschen noch immer daran hindern, gleiche Maßstäbe für alle zu fordern - die wichtigste Basis einer echten Gemeinschaft. Daß selbst viele deutsche Politiker und Publizisten vor nichts mehr Angst zu haben schienen als vor Deutschen, die versuchen, ihre eigenen Interessen zu artikulieren, ändert nichts daran, daß Europa sich nur weiterentwickeln kann, wenn niemand versucht, eine Vormachtstellung oder einseitige Vorteile zu erringen oder zu behaupten. Dies gilt für Deutschland, aber es muß auch für andere gelten und es muß gerade im Interesse weiterer Fortschritte in Europa offen angesprochen werden. Die bisherige Bilanz der Europäischen Gemeinschaft ist ja nicht schlecht, zumindest dann nicht, wenn man sie an den wirtschaftlichen Ergebnissen mißt. Aber die Stabilität der Gemeinschaft in der Vergangenheit war wesentlich auch dem Ost-West-Gegensatz zu verdanken. Die jetzt auch nach Osten offenen Grenzen, die neuen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Herausforderungen erfordern mehr als daß die stärkeren Partner der Gemeinschaft mehr in die EG-Kasse zahlen als schwächere.

Sicher ist: Wir Deutschen brauchen mehr europäische Gemeinschaft, aber: Unsere Partner brauchen sie auch. Alle, die wirkliche Fortschritte in Europa wollen, täten gut daran, erneut gründlich und realistisch über die Zukunft der europäischen Integration nachzudenken, denn es kann nicht gutgehen, wenn man die Zukunft so betrachtet, wie es der "FIGARO" vor einiger Zeit tat, als er schrieb: "Maastricht, das ist der Versailler Vertrag ohne Krieg."

(-/15. Juni 1993/rs/ks)

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: 886 848 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Cornelle Sonntag MdB zur Forderung des NDR-Intendanten Plog, generell auf Parteienwerbung im Fernsehen zu verzichten: Demokraten nicht für Extremisten bestrafen.

Seite 1

Ulrike Mehl MdB zur SPD-Expertenanhörung "Tiertransporte und Handel mit geschützten Arten im EG-Binnenmarkt": Drohende Katastrophe im Artenschutz abwenden.

Seite 2

Professor Egon Bahr zum 70. Geburtstag von Peter Bender: Deutschland läßt ihn nicht los.

Seite 3

Dokumentation

Der polnische Schriftsteller Andrzej Szczypiorski, ein Überlebender des KZ Sachsenhausen hat die Deutschen ermahnt, sich mit dem wachsenden Rechtsradikalismus auseinanderzusetzen. Aus seinem Vortrag, gehalten auf einem Symposium der Deutschen Welle, veröffentlichen wir den zweiten Teil. Wortlaut

Seite 4

48. Jahrgang / 112

16. Juni 1993

Demokraten nicht für Extremisten bestrafen

Zur Forderung des NDR-Intendanten Plog, generell auf Parteienwerbung im Fernsehen zu verzichten

Von Cornelle Sonntag MdB
SprecherIn des SPD-Partei Vorstandes

Der NDR-Intendant Jobst Plog will die berechtigte Empörung über rechtsradikale und rassistische Wahlwerbespots zum Anlaß nehmen, diese Form der Parteienwerbung generell aus dem öffentlich-rechtlichen Programm zu verbannen. "Ich halte es für unerträglich, daß wir gezwungen werden, Parteien-Wahlwerbespots mit unverkennbar ausländerfeindlichem Inhalt auszustrahlen. Ich bitte deshalb die Parlamentarier, Paragraph 15, Absatz 1 des NDR-Staatsvertrages ersatzlos zu streichen", schreibt Plog den Ministerpräsidenten der norddeutschen Länder, dem Zuständigkeitsbereich des NDR.

Zunächst kann man natürlich Verständnis haben für den Vorstoß des amtierenden ARD-Vorsitzenden. Die ekelregende Propaganda, mit der rechtsradikale Organisationen schon in der Vergangenheit mit dumpfen Fremdenhaß auf Stimmenfang gingen, ist noch in ungueter Erinnerung. Ich weise auf das Beispiel eines anti-türkischen Spots der Republikaner hin, der gefährdend mit der Melodie des Films "Spiel mir das Lied vom Tod" untermalt war. Damals berief sich der SFB mit seiner Weigerung, das Machwerk auszustrahlen, auf Tatbestände wie Aufstachelung zum Haß und Angriffe auf die Menschenwürde. Das war 1989. Im selben Jahr unterlag der Privatsender SAT 1 im Rechtsstreit mit der Deutschen Volks-Union (DVU) um die Ausstrahlung eines Spots. Und auch der NDR hat sich schon mehrmals im Kampf mit rechtsradikalen Gruppierungen gemessen, so 1991 als die "Hamburger Liste für Ausländerstopp" sich vor dem Oberverwaltungsgericht durchsetzte. Oder 1992 wiederum im Konflikt mit der DVU im schleswig-holsteinischen Wahlkampf.

Angesichts der geltenden Rechtslage haben es die Rundfunkanstalten nicht in der Hand, die Verbreitung solcher Spots zu verhindern. Im Falle des NDR wird der Konflikt sehr rasch wieder akut, weil die ersten Werbespots für die Hamburger Bürgerschaftswahl am 19. September bereits Anfang August an den Sender geliefert werden. Der Paragraph 15, Absatz 1 des Staatsvertrages räumt Parteien und Gruppierungen angemessene Sendezeiten zur Verbreitung ihrer Werbung ein. Streit um skandalöse Propaganda in der Öffentlichkeit liefert fremdenfeindlichen Organisationen noch zusätzliche Publicity. Schon 1989 hat die ARD an die Ministerpräsidentenkonferenz appelliert, sie von der Ausstrahlungsverpflichtung zu entbinden. Danach

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichtung Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



antwortete Johannes Rau, man werde an den geltenden Regelungen festhalten, solange jedenfalls nicht zu fürchten sei, daß von den einzelnen Wahlspots eine nachhaltige Beschädigung der demokratischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ausgehe.

Spätestens nach dem Morden von Mölín wie Solingen, so argumentiert Plog, sei eine neue Lage entstanden. Auch das verdient Verständnis. Und dennoch: der NDR-Intendant nimmt mit seiner Radikal-Maßnahme zugleich alle Parteien in Sippenhaft. Und das kann so nicht hingenommen werden. Die Rattenfänger von rechts erzielen indirekt einen Triumph, weil den demokratischen Parteien damit eine Möglichkeit der publikumswirksamen Darstellung ihrer Repräsentanten und Inhalte genommen wird. Man mag sich zu Spots stellen, wie man mag - es gibt darunter gelungene und mißglückte, langweilige und pliffige. Aber in unserem medienbestimmten Zeitalter gehören sie zum Repertoire der politischen Organisationen. Und die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben eine Informationspflicht vor Wahlen, auch wenn sie ihr meist nicht gerade freudig entsprechen. Die Staatsverträge gewährleisten das nicht nur aus Entgegenkommen an die Parteien, sondern auch vor dem Hintergrund ihrer Aufgabe.

Was also tun? Auch mir sträubt sich das Haar angesichts der widerwärtigen Hetzparolen, die uns rechtsradikale Organisationen via Bildschirm und Radio dargeboten haben. Will man andererseits den demokratischen Parteien das Recht auf Wahlwerbung sichern, brauchen wir andere, wirksame, aber zugleich differenzierende Maßnahmen, um Propaganda zu verbannen, die den Prinzipien unseres Rechtsstaates widerspricht. Dazu sind rechtliche Konkretisierungen geboten - der Gesetzgeber ist gefordert. Aber die demokratischen Parteien pauschal zu benachteiligen, geht nicht an.

(-/16. Juni 1993/rs/ks)

Drohende Katastrophe im Artenschutz abwenden
Zur SPD-Expertenanhörung "Tiertransporte und Handel mit geschützten Arten im EG-Binnenmarkt"

Von Ulrike Mehl MdB

Die Expertenrunde hat es noch einmal ausdrücklich bestätigt: Die vorliegende Fassung der EG-Artenschutzverordnung würde eine Katastrophe für den Schutz gefährdeter Tiere und Pflanzen bedeuten. Aber damit nicht genug. Der derzeitige Stand der Beratungen auf EG-Ebene läßt sogar noch weitere Verschlechterungen befürchten. Es muß alles daran gesetzt werden, daß diese Verordnung nicht verabschiedet wird.

Aufzuhalten ist die Verordnung aber kaum noch. Die Verordnung basiert auf der Rechtsgrundlage der Artikel 100a und 113 EWG-Vertrag und wird deshalb mehrheitlich verabschiedet, ein Veto der Bundesrepublik ist damit ausgeschlossen. Doch selbst die Forderungen zur Verbesserung des Entwurfs stoßen auf taube Ohren. Die Einführung der Genehmigungspflicht beim Handel mit allen Wirbeltierarten (mit Ausnahme der Fische und der Arten, die in einer Handelsliste - Positivliste - aufgeführt sind) scheinen ebenso wie die EG-weite Einführung von Besitz- und Verkehrsverboten und der Beweislastumkehr nicht durchsetzbar zu sein. Dem Handel wären damit Tür und Tor weit geöffnet, ein Vollzug des Artenschutzes fast unmöglich. Das bestehende deutsche Artenschutzrecht würde durch die unmittelbar geltende EG-Verordnung ausgehöhlt.

Obwohl immer mehr Tier- und Pflanzenarten weltweit vom Aussterben bedroht sind, werden keine wirksamen Maßnahmen zu deren Schutz ergriffen. Weder die Hauptursache, die Vernichtung der natürlichen Lebensräume, wird wirksam bekämpft noch wird die massenhafte Entnahme wildlebender Exemplare aus der Natur und der internationale Handel entscheidend begrenzt. Weltweit wird das Handelsvolumen auf etwa fünf Milliarden DM geschätzt. Allein im letzten Jahr wurden in Deutschland laut Zollkriminalamt 25.000 Exemplare der geschützten Arten beschlagnahmt. Dazu zählen neben Vögeln, Reptilien, Orchideen oder Korallen auch zahlreiche Produkte, die aus getöteten Exemplaren gefährdeter Tierarten hergestellt werden, wie Uhrenarmbänder, Gürtel, Taschen und Elfenbeinschnitzereien. Die weggefallenen Kontrollen zwischen der EG-Mitgliedstaaten und die unzureichenden Kontrollen an den Außengrenzen der EG werden zu einem weiteren Anstieg des legalen

und illegalen Handels führen. Zollexperten rechnen insbesondere mit einem rapiden Anstieg der Reisemittlungs aus Tierprodukten.

Unabhängig von der vorliegenden Fassung der Verordnung und des EG-Binnenmarktes muß endlich ein Durchbruch zum Vorsorgeprinzip im Artenschutz vollzogen werden. Dazu gehört vor allem die Einführung von Positivlisten, die nur noch Tier- und Pflanzenarten zum Handel zulassen, die nachweislich nicht gefährdet sind. Immerhin hat die Bundesregierung diese Position bei den Verhandlungen zu dieser EG-Verordnung zumindest teilweise übernommen, obwohl sie die Einführung der Positivlisten bislang abgelehnt hat.

Aber Artenschutz muß weiter gefaßt werden. Es kann nicht sein, daß auf der einen Seite ein internationales Abkommen zum Schutz der biologischen Vielfalt unterzeichnet und als großer Erfolg für den internationalen Natur- und Artenschutz verbucht wird und auf der anderen Seite Arten lediglich als frei verfügbare gewinnbringende Handelsware verstanden werden. Die Schizophrenie ist kaum noch zu überbieten: Die EG hat als eigenständige Vertragspartei eben dieses Übereinkommen unterzeichnet und sich damit zum Erhalt der biologischen Vielfalt verpflichtet. Gleichzeitig verwässert sie das bestehende Artenschutzrecht - bezeichnenderweise unter der Prämisse Handelsschranken abzubauen und Rechtsangleichung herbeizuführen - soweit, daß von Artenschutz eigentlich keine Rede mehr sein kann. Der Zusammenhang zwischen Artenvielfalt und dem Schutz der einzelnen Arten wird einfach ignoriert.

Auch in der Bundesrepublik genießt der Artenschutz kein besonders hohes Ansehen. Eine wirksame Handelskontrolle ist schon allein durch die hoffnungslos unterbesetzten Vollzugsbehörden nahezu unmöglich. Dieses Defizit wird sich noch verschärfen, da die wegfallenden Grenzkontrollen nur durch intensivere Arbeit der zuständigen Länderbehörden aufgefangen werden können, was mit dem vorhandenen Personalbestand nicht zu machen ist.

Ein Jahr nach Rio ist die Zukunft des Artenschutzes so unsicher wie schon lange nicht mehr und die Bundesregierung muß sich fragen lassen, wie sie die drohende Katastrophe im Artenschutz abwenden will.

(-/16. Juni 1993/rs/ks)

Deutschland läßt ihn nicht los Peter Bender zum 70. Geburtstag

Von Professor Egon Bahr

Einen solchen Freund kann ich nicht mehr finden. Wir kennen uns seit 1938, wo wir nicht nur die Schulbank der Obersekunda im Friedenauer Gymnasium in Berlin gedrückt haben, sondern auch außerhalb der Schule Freude daran fanden, so ziemlich die letzten Rätsel dieser Welt zu besprechen, angeregt durch Nietzsche und - mindestens theoretisch - auch zu lösen. (Im Grunde schwer verständlich, daß einige Erwachsene offenbar damit immer noch Schwierigkeiten haben.) Die Wehrmacht konnte unsere Verbindung glücklicherweise nur begrenzt unterbrechen. Peter Bender studierte Alte Geschichte in Hamburg, finanzierte das durch Stundengeben und bewies, für mich überzeugend, in seiner Dissertation, welchen Weg Hannibal über die Alpen genommen hatte.

Danach begann der Ernst des Lebens. Bevor er 'etwas ordentliches' werden konnte, verschaffte ich ihm eine unordentliche Tätigkeit: tagesjournalistische Kommentare für den SFB. Daraus baute er sein Leben, beobachtend, gedankenreich, mit dem Hintergrund historisches Wissens, im besten Sinne über den Tag hinaus.

Also ließ ihn Deutschland nicht los, die Teilung, die DDR und alle damit zusammenhängenden Realitäten. Als langjähriger Korrespondent des WDR in Warschau wurde er ein Freund dieses Landes und gewann Freundschaften, die über die Zeitenwende hinweg gehalten haben.

Ich will nicht die Bücher aufzählen, in denen er mit- und vordachte, oft unbequem, immer anregend, was Entspannung oder Ostpolitik genannt wurde. Gesuchter und geschätzter Gesprächspartner ist er vielen geblieben, mit leuchtenderen Namen, inzwischen Gestorbenen und auch höchst Lebendi-

gen, ein Staatsbürger, wie man sich viele wünscht. Peter Bender hat sich über die Einheit gefreut und gehört zu denen, die sich nun Sorge um diesen Staat machen.

Willkommen im Kreis der jungen Siebziger!

(-/16. Juni 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Andrzej Szczypiorski: Die einzige Chance ist die Kultur

Der polnische Schriftsteller Andrzej Szczypiorski, ein Überlebender des Konzentrationslagers Sachsenhausen, hat die Deutschen ermahnt, sich mit dem wachsenden Rechtsradikalismus auseinanderzusetzen. Auf einem Symposium der Deutschen Welle zum Thema "Der neue Nationalismus" sagte er: "Noch vor einem Jahr konnte ich sagen, daß diese bitteren Erfahrungen der Vergangenheit angehören. Heute, nach Solingen, bin ich nicht mehr sicher, ob wir von einem geschlossenen Kapitel der Geschichte sprechen können." Wir dokumentieren aus dem Vortrag von Andrzej Szczypiorski den zweiten Teil, in dem er die Kultur als einzige Chance für den Versuch benennt, vernünftig mit dem Epochenbruch umzugehen.

Im Grunde genommen finde ich etwas sehr Ergreifendes und Dramatisches am deutschen Schicksal. Keines der Völker Europas hatte solch eine große, an Gedanken, Eindrücken, Begriffen und wertvollen Gegenständen reiche Kultur, wie die Deutschen geschaffen.

Andererseits hatte keines der europäischen Völker so oft Verrat an eigener Tradition, an eigenen Errungenschaften, an alles, was ihm wertvoll war, geübt.

Vor einem halben Jahr habe ich in der Frankfurter Alten Oper ein großes Erlebnis gehabt. Ich besuchte das Konzert der Wiener Philharmoniker unter der Leitung von Claudio Abbado, an dem Maurizio Pollini teilnahm. Auf dem Programm des Konzerts standen die Ouvertüre zu "Nürnberger Sängern" von Richard Wagner sowie das Konzert G-Dur für Klavier und Orchester von Ludwig van Beethoven. Es gibt nur wenige Musikwerke, die den deutschen Geist so vollkommen wiedergeben und die Größe Deutschlands so deutlich erkennen lassen.

Ich bin sicher, daß diejenigen, die Steine auf die Asylantenheime werfen, die vor kurzem in einem Berliner Stadtwinkel dem polnischen Studenten die Zunge abschnitten, keine Ahnung haben, daß es Wagner und Beethoven gab, daß Kant, Hegel, Goethe und Schiller Deutsche waren.

Der große Künstler und Denker hat vor beinahe 200 Jahren geschrieben: "Wenn der Verstand schläft, erwachen die Dämonen".

Wir dürfen also nicht zulassen, daß der menschliche Verstand in Polen, in Deutschland, in Europa einschlafen. In Jugoslawien ist der Verstand eingeschlafen - wir sind also Zeugen eines entsetzlichen Zerfalls des Staates, Leiden vieler Tausender Menschen, der Grausamkeit und des Todes. Es hat sich plötzlich erwiesen, daß Europa von der sowjetischen Bedrohung befreit nicht menschlicher wurde, daß es die moralischen Grundsätze nicht entschlossen genug verteidigt, daß es wie immer entzweit und schwach, kurzsichtig und bequem ist, daß sein Reichtum und Macht illusorisch sind. In der Stunde der Wahrheit, in der Stunde der Probe denkt nämlich niemand an das gemeinsame europäische Wohl oder an jene Grundsätze, dank denen Europa immer noch ein Wert ist, der das Ansehen, Fortsetzung und Verteidigung verdient.

Alle sehen gleichgültig zu, wie sich ihre Nächsten in Kroatien, Bosnien, Serbien und Herzegowina unsinnig die Kehlen durchschneiden. Das erinnert an jene seelische Nonchalance, an jene Leichtsinigkeit und fast krankhafte Neugierde, mit der die Leute aus den Fenstern ihrer Häuser den Neofaschisten zusahen, die das Asylantenheim in Rostock zu verbrennen suchten. Wir sind wahrscheinlich auf die Herausforderungen der neuen Epoche nicht vorbereitet, das ist nämlich eine neue Epoche. Der Sturz des Kommunismus als einer politischen Struktur und philsophischen Utopie eröffnete das neue Kapitel in der Entwicklung Europas und der Welt.

Als die Bastille zusammenstürzte, waren sich die Pariser Massen wahrscheinlich noch nicht bewußt, daß diese Trümmern den Anbruch einer neuen Epoche verkünden. Heute befinden wir uns in einer ähnlichen Situation.

Maurice Maeterlinck schrieb, daß die Geschichte hoch wie ein Berg ist. Der Mensch, der sie aus der Nähe betrachtet, kann ihren Gipfel nicht sehen und ist nicht imstande, ihre Höhe richtig einzuschätzen. Man braucht eine Distanz um aus der Entfernung den Gipfel sehen zu können.

Wie können wir Herr des Morgens sein?

Meiner Meinung nach sind die Herausforderungen der Epoche so dramatisch und groß, daß es niemandem gelingen wird, sie mit eigenen Kräften zu bewältigen. Kein Volk kann die Rätsel der Zukunft auf seine eigene Rechnung nehmen. An der Niederlage der kommunistischen Utopie haben wir gelernt, daß der "hegelsche Biß", wie der große polnische Philosoph den Marxismus bezeichnet, den menschlichen Intellekt lähmt.

Die hegelische Dialektik in marxistischer und später in leninistischer Interpretation hielt die Menschen in trügerischer Überzeugung, daß die Zukunft geplant werden könne, daß die Überraschungen, die das Morgen bringen wird, zu vermeiden und alle bevorstehenden Rätsel des Lebens zu lösen seien. Das ist jedoch nicht möglich. Wir wissen nicht einmal, was uns heute erwartet, wie können wir also die Herren des Morgens sein?

Im Lichte der letzten Erfahrungen haben sich unsere politischen Vorhersagen als komisch erwiesen, heute lauten sie einfach närrisch. Noch vor drei Jahren bereiteten die Sowjetologen in Washington, London, Paris und Bonn die Welt auf die jahrhundertelange Koexistenz mit dem kommunistischen Imperium vor, die Politiker dagegen machten sich Gedanken über Konzeptionen einer möglichst harmonischen und günstigen Zusammenarbeit mit Moskau. Noch vor einigen Jahren betrachtete der Westen die Mitglieder der "Solidarität" aus Polen als unverbesserliche, romantische Abenteurer, die durch ihren törichten antikommunistischen Starrsinn den angenehmen und nützlichen europäischen Status quo störten.

Und die Oppositionellen in der ehemaligen DDR - in Leipzig, Dresden und Ostberlin? - sie waren doch auch der Gnade und Ungnade Honeckers Tyrannel ausgesetzt. Außer Trostworten konnten die von ihren Landsleuten aus dem Westen nicht viel mehr erwarten. Niemand hat mit dem baldigen Sturz der Sowjets gerechnet, die schmerzlichen und mannigfaltigen Folgen dieses Ereignisses waren also nicht vorauszusehen. Die Vereinigung Deutschlands kann gewissermaßen als ein politisches Wunder gelten - sie erfolgte - wie übrigens jedes Wunder - ohne intellektuelle Vorbereitung.

Für viele Deutsche, die sich jetzt in der neuen Situation nicht zurechtfinden können, wurde die Vereinigung zu einer psychologischen Überraschung. Die Fälle der nationalistischen Krankheit - in Deutschland besonders spektakulär und was nicht zu verschweigen ist - im Hinblick auf die Vergangenheit besonders gefährlich - sind doch ebenfalls die Folgen der Vereinigung, die an ihrer Heftigkeit einem Sturm, Gewitter oder Erdbeben gleich. Einerseits ist eine solche Erscheinung hinreißend und schön, andererseits aber ist es sehr schwer, sie völlig unter Kontrolle zu halten. Die Einheit Deutschlands ist die Tatsache geworden. Sie erfordert sicher große Anstrengungen und wird leider große Opfer - nicht nur im materiellen, sondern auch im psychologischen Sinne - nach sich ziehen.

Meiner Meinung nach ist es schon an der Zeit, daß sich die Einheit des deutschen Volkes nicht nur im Rahmen der politischen, wirtschaftlichen und administrativen Strukturen, sondern vor allem in der Kultursphäre realisiere. Das, was an der deutschen Tradition am wertvollsten ist, was die Bewunderung und das Ansehen der Welt genießt, kann keinesfalls der Dummheit zum Opfer fallen oder vom Gang der Ereignisse bedroht werden. Wir sind nicht imstande, die Zukunft vorauszusehen. Im Grunde genommen ist unser Wissen von der menschlichen Natur sehr arm.

Der Kommunismussturz hat uns eine gewisse Demut beigebracht. Die Demut dagegen soll uns lehren, daß es keinem Volk, das vereinsamt und von anderen isoliert ist, gelingen wird, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Integration, der mühsamen, aber doch hoffnungsvollen Arbeit für die Einheit des ganzen Europa. Ohne die Einheit Europas wird auch die Einheit Deutschlands nicht viel wert sein, weil sie von neuen und alten Dämonen der nationalistischen Phobien, Vorurteile und der gewöhnlichen Dummheit bedroht werden kann.

Ich bin gar nicht sicher, ob das geeinigte Europa unsere Erwartungen erfüllt, ob es schön, herrlich und hinreißend sein wird. Vielleicht bleibt es genauso unvollkommen und schwach, wie es seit Jahrhunderten ist. Die Idee der europäischen Einheit ist jedoch vieler Entságungen, Mühe und erfinderi-scher Einfälle wert.

Meiner Meinung nach gibt es einfach keinen anderen Weg, der uns die Fallen der neuesten Ge-schichte entgehen ließe. Wir müssen den neuen Aufgaben gerecht werden. Das ist sehr schwer, weil der Kommunismus zweiierlei seelische Folgen für das ganze Europa und vielleicht für die ganze Welt hatte. Einerseits rief die Niederlage der Utopie, die zwei Jahrhunderte lang die Menschen begleitete, die Niederlage der Illusion, daß es im Gemeinschaftsleben möglich sei, Freiheit und Gleichheit in Ein-klang zu bringen und diese verdammte, aber wohl unvermeidbare Ambivalenz zwischen Freiheit und Gleichheit abzuschaffen, eine tiefe intellektuelle Krise hervor.

Die große Illusionen der Aufklärungsepoche, die seit vielen Generationen den europäischen Gedan-ken belebte, existiert nicht mehr, an ihrer Stelle gibt es nichts, was der großen Herausforderungen, der großen Hoffnungen und der großen Perspektiven wert wäre. Es ist nämlich schwer, sich mit der Überzeugung zufriedenzugeben, daß die Marktwirtschaft und Parlamentardemokratie alle Erwartun-gen des Menschen erfüllen und seinen ewigen Traum von einem glücklichen, von Ängsten und Be-drohungen freien Leben verwirklichen könnten.

Die alten Gespenster sind geweckt

Andererseits weckte der Kommunismussturz die alten Gespenster, was sich vielleicht dadurch erklä-ren läßt, daß ein bestimmter Revolutionsmythos, der einige Generationen beflügelte, zerstört wurde. Angesichts des Mangels an Sozialleistungen, die früher unentbehrlich erschienen, beginnen die Leute plötzlich nach anderen Kollektivlösungen zu suchen und in ihren Träumen und Gefühlen zu ei-ner Nationalgemeinschaft zu neigen.

Moses, der den Berggipfel bestieg, um die Steintafeln zu holen, gibt es nicht mehr, und das Volk - verlassen, verzweifelt, neuen Ängsten und neuen Erwartungen ausgesetzt - beginnt den Bau einer Gottheit - der Blutgemeinschaft, der Gemeinschaft einer Nation. Daraus ergibt sich ein ziemlich pes-simistischer Schuß - wir lernen nicht viel von der Vergangenheit, die Vergangenheit als Warnung, als ein moralischer und politischer Wegweiser existiert in unserem Bewußtsein nicht. Die Einheit Europas ist meiner Meinung nach der einzige Weg, den wir gehen sollen, um die Probe der philosophischen Leere in Erwartung einer neuen, ersehnten Lösung, die uns aus der Not helfen wird, überhaupt über-stehen zu können.

Der Papst spricht von der Rechristianisierung, die Fürsprecher der liberalen Konzeption der weiteren Entwicklung betonen das Bedürfnis, die besten Muster des entwickelten Kapitalismus zu imitieren, die Linke wiederholt die Beschwörungen über die soziale Gerechtigkeit. In einem gewissen Sinne ist das eine Landschaft der Niederlage. Eben daher spreche ich über die Zerstörung des Mythos der Aufklärungsepoche. Nach 200 Jahren, in der Welt der modernen Technik und der neuen Technolo-gien sucht Europa wieder einen Weg zu besseren Zeiten. Ich weiß diesen Weg nicht. Ich weiß nur ei-nes. Jedes kollektivistische Modell ist schlecht und wird Unglück bringen. Das Denken in Klassenka-tegorien gab uns die Epoche der furchtbaren Verbrechen des Kommunismus, das Denken in Natio-nalkategorien hatte die Epoche der entsetzlichen Verbrechen des Hitlerismus zur Folge.

Die einzige Chance ist die Kultur. Man soll sich nicht in engen Rahmen des nationalen Seins ver-schließen, weil das die Kultur, die unteilbar ist, verarmt. Thomas Mann war nicht nur ein Schriftsteller der Deutschen, sondern auch mein Schriftsteller. Tolstoi schrieb nicht nur für die Russen, sondern für uns alle. Mozart komponierte nicht nur für eine Nation, sondern für alle Leute. Wer Ansprüche auf ihre Werke erhebt, sie zum Eigentum einer Nation machen will, wird von sich selbst zu einer geistigen Leere verurteilt. Im Schaffen und Erleben der Kultur bildete Europa immer und bildet weiterhin eine Einheit. Es ist an der Zeit, daß es - dem Vorbild der Kultur folgend - auch eine politische, wirtschaftli-che und gesellschaftliche Einheit werde.

(-/15. Juni 1993/rs/ks)
